

Unter diesem Tagesordnungspunkt erfolgt ebenfalls die Protokollierung und Beschlussfassung zu den nachfolgenden Tagesordnungspunkten 6.1.1 und 6.1.2

Für die CDU-Fraktion stellte Herr Schell ausführlich den gemeinsam vorgelegten Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AUFBRUCH! vor. Teilweise seien Beschlussempfehlungen des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses vom 22.03.2011 übernommen worden. Im Übrigen sei es nach intensiven Verhandlungen zu einem Konsens bei den antragstellenden Fraktionen gekommen. Er bemängelte die Vorgehensweise der SPD-Fraktion, sich an den interfraktionellen Gesprächen zur Erstellung des Antrages nicht beteiligt zu haben.

Herr Knülle hielt dem für die SPD-Fraktion entgegen, dass sich seine Fraktion dem übersandten Entwurf des interfraktionellen Antrages nicht anschließen können, da sich hierin wesentliche Standpunkte der SPD-Fraktion nicht widerspiegeln. Er hielt es für legitim, dass seine Fraktion aus diesem Grund einen eigenen Antrag formuliert habe. Zu einzelnen Punkten des interfraktionellen Antrages könne zwar als „Mini-Konsens“ die Zustimmung erteilt werden, aber eine Unterzeichnung des Antrages sei ihm aus vorgenanntem Grund nicht möglich gewesen. Die SPD-Fraktion spreche sich insbesondere für ein Verbot der Tragschrauber aus. Anschließend stellte er die weiteren Punkte des Antrages seiner Fraktion vor.

Herr Metz hielt es vor dem Hintergrund einer Sitzungsökonomie für nicht sinnvoll, Anträge, die im Fachausschuss keine Mehrheit gefunden hätten, erneut in den Rat einzubringen. Seine Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe daher in den interfraktionellen Gesprächen einen für seine Fraktion tragbaren Konsens hergestellt. Die grundsätzliche Position seiner Fraktion habe sich nicht verändert. Da Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jedoch wegen der bestehenden Mehrheitsverhältnisse im Fachausschuss zurückgewiesen wurde, sei darauf verzichtet worden, diese im Rat erneut zur Abstimmung zu stellen. Seine Fraktion werde dem SPD-Antrag, der auch bereits abgelehnte Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beinhalte, zwar zustimmen; aus vorgenannten Gründen halte er aber die erneute Antragstellung für unnötig.

Herr Köhler stellte heraus, dass es sich nicht um eine „Wunschsendung“ handele. Das von der SPD-Fraktion geforderte Verbot der Tragschrauber sei weder durch den Rat noch durch die Flugplatzgesellschaft umsetzbar. Hierzu liege eine eindeutige Stellungnahme der Bezirksregierung vor. Es könnten nur Einschränkungen vorgenommen werden, wenn der prioritär abzuwickelnde Flugverkehr dies erfordere. Der Rat könne zudem ein Verbot für Gewerbeansiedlungen nicht aussprechen. Die Verwaltung habe nach Recht, Gesetz und pflichtgemäßen Ermessen über vorliegende Bauanträge zu entscheiden. Eine Lärmmessstation sei nicht umsetzbar, wenn die hierfür erforderlichen Mittel nicht aufgebracht werden könnten.

Auch die FDP-Fraktion sei in dem interfraktionellen Antrag im Wege des Konsenses Kompromisse eingegangen. Frau Jung führte aus, dass der Antrag am Machbaren orientiert sei. Herr Züll ergänzte, dass Herr Knülle selbst in seiner Funktion als Vorsitzender des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses auf die Fraktionen zur Erarbeitung eines Konsenses hätte zukommen können.

In weiteren Wortbeiträgen, an denen sich Redner der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AUFBRUCH! beteiligten, wurde die Thematik einer interfraktionellen

Zusammenarbeit und die Sinnhaftigkeit, im Fachausschuss abgelehnte Anträge nochmals im Rat zu stellen, debattiert.

Der Bürgermeister unterbrach die Sitzung für 25 Minuten, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, noch eventuell offenstehende Formulierungsmodalitäten zu klären.

Anschließend ließ der Bürgermeister in der Reihenfolge des jeweils weitestgehenden Einzelpunktes der beiden Anträge abstimmen.

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt:

#### SPD-Antrag

die Vertreter der Stadt Sankt Augustin in den Gremien der Flugplatzgesellschaft Hangelar mbH zu beauftragen, im Rahmen der Befugnisse der Flugplatzgesellschaft, darauf hinzuwirken, dass am Verkehrslandeplatz Hangelar kein Flugverkehr von Tragschraubern mehr stattfindet.

**Jastimmen 22**

**Neinstimmen 26 – damit ist der Antrag abgelehnt**

Zum Abstimmungsverhalten der Fraktion erklärte Frau Schmidt, dem Antrag sei zugestimmt worden in der Hoffnung, dass die Bezirksregierung entsprechend interveniere.

#### Interfraktioneller Antrag CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AUFBRUCH!

die Vertreter der Stadt Sankt Augustin in den Gremien der Flugplatzgesellschaft Hangelar mbH zu beauftragen, die jetzt eingeleiteten, lärmindernden Maßnahmen bei den Gyrokokptern im laufenden Jahr überprüfen zu lassen, ob diese wirksam geworden sind, und dann dem Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss entsprechend zu berichten

**einstimmig**

#### SPD-Antrag

die von der Stadt Sankt Augustin benannten Mitglieder des Lärmschutzbeirates (LSB) am Verkehrsplatz Hangelar zu beauftragen, in der nächsten Sitzung des Lärmschutzbeirates, das verbindliche erklären der Platzrunde per Allgemeinverfügung durch die Landesluftfahrtbehörde zu erläutern und die im LSB vertretende Bezirksregierung Düsseldorf als Landesluftfahrtbehörde zu einer Stellungnahme dazu und auch im Hinblick auf die Möglichkeiten wie das ordnungsbehördliche Überwachungskonzept optimiert werden kann zu bewegen.

**Jastimmen 22**

**Neinstimmen 26 – damit ist der Antrag abgelehnt**

Herr Metz erklärte, er könne nicht erkennen, aus welchen Gründen dieser Antrag weitergehend als der folgende Antrag sei. Er hätte sich für eine alternative Abstimmung ausgesprochen.

### Interfraktioneller Antrag CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AUFBRUCH!

die von der Stadt Sankt Augustin benannten Mitglieder des Lärmschutzbeirates (LSB) am Verkehrslandeplatz Hangelar zu beauftragen, in den nächsten Sitzungen des Lärmschutzbeirates mit der Bezirksregierung Düsseldorf als Landesluftfahrtbehörde Gespräche dahingehend zu führen, wie das ordnungsbehördliche Überwachungskonzept für Verstöße gegen die gemäß Schreiben der Bezirksregierung Düsseldorf vom 23.02.2011 als verbindlich festgelegte Platzrunde optimiert werden kann.

**einstimmig**

### Interfraktioneller Antrag CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AUFBRUCH!

die Verwaltung zu beauftragen, für den Bereich des Verkehrslandeplatzes Hangelar eine Rahmenplanung zu erstellen mit dem Ziel, daraus einen Bebauungsplan inkl. Erschließungsplanung für das gesamte Flugplatzgelände zu entwickeln, um die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für eine geordnete bauliche Entwicklung zu schaffen. Sowohl mit der Rahmenplanung als auch mit dem B-Plan sollen zum einen konkrete perspektivische Inhalte erarbeitet werden. Zum anderen soll hierdurch ein rechtlicher Rahmen geschaffen werden, um Emissionen begrenzen zu können. In diesem Kontext ist zu prüfen, inwieweit sich ein aus dem Rahmenplan zu entwickelnder B-Plan auf das gesamte Gelände des Flugplatzes (nördlich und südlich der Richthofenstraße) beziehen darf.

**einstimmig**

### SPD-Antrag

Die Vertreter der Stadt Sankt Augustin in den Gremien der Flugplatzgesellschaft werden beauftragt, keine weiteren Gewerbeansiedlungen am Flugplatz zu akzeptieren, die eine Erhöhung der Flugbewegungen bzw. einen quantitativen oder qualitativen Anstieg der Lärmemissionen zur Folge haben könnte.

Die Stadtverwaltung betreibt die notwendigen Maßnahmen und erarbeitet die notwendigen Beschlussvorlagen (Bebauungsplan für das gesamte Flughafengelände, Bebauungsplan mit Veränderungssperre im Einzelfall), um die generellen Zielsetzung, sowie insbesondere auch die Begrenzung von Lärmemissionen rechtlich abzusichern.

**Jastimmen 22**

**Neinstimmen 26 – damit ist der Antrag abgelehnt**

### SPD-Antrag

Die Vertreter der Stadt Sankt Augustin in den Gremien der Flugplatzgesellschaft Hangelar mbH werden beauftragt, auf die Flugplatzgesellschaft einzuwirken, dass diese bei den ansässigen

Unternehmen auf eine zeitnahe Realisierung von Maßnahmen zur Lärmreduzierung hinwirkt. Alle betroffenen Firmen am Flugplatz Hangelar werden durch den Rat der Stadt Sankt Augustin aufgefordert, schnellstmöglich Maßnahmen zur Reduzierung der Lärmemissionen am Boden, insbesondere durch Hubschrauber (Tanken, Probeläufe), zu verwirklichen. Bestandteil der Forderung des Rates ist auch ein definitiver Ausschluss von Hubschrauberwerkstattbetriebslärm am Wochenende sowie montags bis freitags in einer mittäglichen Ruhezeit.

**Jastimmen 22**

**Neinstimmen 26 – damit ist der Antrag abgelehnt**

Interfraktioneller Antrag CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AUFBRUCH!

die Vertreter der Stadt Sankt Augustin in den Gremien der Flugplatzgesellschaft Hangelar mbH zu beauftragen, bis auf Weiteres keine Gewerbeansiedlungen am Flugplatz Hangelar zu unterstützen bzw. zu betreiben, die eine wesentliche Erhöhung der Flugbewegungen bzw. einen wesentlichen Anstieg der Emissionen zur Folge hätten. Darunter fallen nicht Eigentümerwechsel oder eine Fluktuation von Unternehmen am Flugplatz, sofern die Emissionen in quantitativer und qualitativer Hinsicht nicht merklich über das vorherige Maß hinausgehen.

**einstimmig**

SPD-Antrag

Die Vertreter der Stadt Sankt Augustin in den Gremien der Flugplatzgesellschaft Hangelar mbH werden beauftragt, sich zur Finanzierung von Lärmschutzmaßnahmen am Flugplatz Hangelar für eine weitere Erhöhung der Landegebühren sowie eine deutlichere Spreizung der Landegebühren nach Lärmemissionen einzusetzen. Die Verwaltung wird beauftragt, in Gesprächen mit der Bezirksregierung Düsseldorf als Luftaufsichtsbehörde darauf zu drängen, dass die Einbeziehung von Lärmschutzmaßnahmen in die Gebührenberechnung des Flugplatzes ermöglicht wird und entsprechende Genehmigungen bei Beantragung durch die Flugplatzgesellschaft erhalten.

**Jastimmen 22**

**Neinstimmen 26 – damit ist der Antrag abgelehnt**

Interfraktioneller Antrag CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AUFBRUCH!

die Vertreter der Stadt Sankt Augustin in den Gremien der Flugplatzgesellschaft Hangelar mbH zu beauftragen, gemeinsam mit den zuständigen Stellen Maßnahmen inkl. Finanzierungsvorschlägen – falls möglich und sinnvoll durch Erhöhung der Landegebühren – zur wirksamen Kontrolle der Einhaltung von Flugrouten und der Platzrunde bis zum 31.03.2012 zu entwickeln und den Gesellschaftern vorzulegen. Für den Rat der Stadt Sankt Augustin sind wirksame Maßnahmen zur Kontrolle im Zweifelsfall der Einrichtung von Lärmmessstationen vorzuziehen. Der Ende 2008 gefasste Beschluss des Rates zur Einrichtung von Lärmmessstationen wird aufgrund dessen bis zum 31.03.2012 ausgesetzt.

### **Jastimmen 34**

**Neinstimmen 14 – damit ist der Antrag abgelehnt**

#### Interfraktioneller Antrag CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AUFBRUCH!

die Vertreter der Stadt Sankt Augustin im Aufsichtsrat der Flugplatzgesellschaft Hangelar aufzufordern, bei der Gesellschaft darauf hinzuwirken, dass eine separate Statistik für Gyrokopter eingeführt wird.

**einstimmig**

#### SPD-Antrag

Die Stadtverwaltung Sankt Augustin wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Flugplatzgesellschaft Hangelar mbH sowie der Bezirksregierung Düsseldorf als Luftaufsichtsbehörde die Lärmemissionen durch Hubschrauber bezüglich ihrer rechtlichen Einordnung detailliert zu prüfen. So ist festzustellen, ob es sich bei Autorotationsflügen, kurzen Rundflügen über das Flugplatzgelände etc. um Luftverkehr im rechtlichen Sinne oder Gewerbebetrieb im bau- und immissionsschutzrechtlichen Sinne handelt.

A. Bei Emissionen, die durch Luftverkehr im rechtlichen Sinne entstehen, sollen alle Beteiligten Maßnahmen zur Reduzierung bzw. Verlagerung des Lärm in weniger sensible Bereiche und die dafür notwendigen Schritte prüfen.

B. Bei Emissionen, die Gewerbelärm im bau- und immissionsschutzrechtlichen Sinne darstellen, erstattet die Verwaltung dem Ausschuss einen Bericht darüber, wie die verschiedenen Lärmemissionen in den Baugenehmigungsverfahren (Betriebsbeschreibung, Stellungnahme von Behörden etc.) behandelt wurden.

### **Jastimmen 22**

**Neinstimmen 26 – damit ist der Antrag abgelehnt**

#### Interfraktioneller Antrag CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AUFBRUCH!

die Verwaltung zu beauftragen, mit dem Rhein-Sieg Kreis Kontakt aufzunehmen, und diesen um Stellungnahme zu bitten, ob und in welcher Weise die aus gewerblicher Tätigkeit resultierenden Lärm-Emissionen am Flugplatz Hangelar durch Auflagen gemindert werden können.

**einstimmig**

#### SPD-Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Beschlussvorlage für die kommende Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss zu erarbeiten, die zum Inhalt die Einrichtung eines

Unterausschusses „Lärmreduzierung am Flugplatz Hangelar“ hat. Befristet auf ein Jahr soll dieser Unterausschuss mit einem konkreten Arbeitsauftrag und auf Grundlage der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Sankt Augustin, die Fragen zur Lärmreduzierung beraten und entsprechende Beschlussempfehlungen erarbeiten. Neben den Vertretern der Fraktionen und der Verwaltung, sollen Vertreter folgender Gruppierungen ständige beratende Mitglieder des Unterausschusses sein:

- Vertreter Flugplatzgesellschaft
- Vertreter Fliegergemeinschaft Hangelar e.V.
- Vertreter Bundespolizei
- Vertreter der ansässigen Unternehmen (z.B. ALT)
- Vertreter Arbeitskreis Hubschrauberlärm Flugplatz Hangelar
- Vertreter Bürgerinitiative Niederberg
- Vertreter Bürgeraktion

Vertreter der Bezirksregierung oder anderer Institutionen werden Themenbezogen hin zu gebeten.

#### **Jastimmen 22**

**Neinstimmen 26 – damit ist der Antrag abgelehnt**

#### SPD-Antrag

Der Rat der Stadt Sankt Augustin empfiehlt dem neu einzusetzenden Rahmenplanungsbeirat den Arbeitsauftrag, zu folgenden Themenkomplexen Entscheidungsgrundlagen, bzw. Berichte zu erarbeiten und dem UPV zur Beschlussfassung bzw. Beratung vorzulegen:

- Festschreiben von Ruhezeiten werktags und an Wochenenden
- Zukünftige Betriebserlaubnis des Flugplatzes, Empfehlungen
- Umsetzung der angepassten verbindlichen Platzrunde
- Kontrollen der Einhaltung der Platzrunde, Bericht über Sanktionen
- Beschwerdebearbeitung, Bericht, Folgen
- Verbot Platzrundenflüge als Übungsflüge
- Umsetzung Lärmmessstellen, Finanzierung, Platzierung
- Rote Reiter Markierung , Überprüfung der Vereinbarung
- Ersetzen von lärmintensiven Maschinen
- Entwicklung der Flugbewegungen, Festlegungen treffen
- Steuerung durch Anpassung von Landebahngebühren
- Nutzung der PPR-Regelung durch den Flughafen (Prior Permission Required)
- Begrenzung Flugzeiten Gyrocopter, Verbot, Nachrüstung mit Schalldämmung
- Standort der Helikopter Testläufe, Testflugstrecken
- Schallmindernde bauliche Veränderungen, Lärmschutzmassnahmen anstoßen
- Rahmenplanung auflegen zum Flugplatz
- Ausgestaltung Aero-Park, Beschränkung von neuem Gewerbe mit Fluglärm
- Baugenehmigung am Flughafen, Prüfung der Auswirkungen

Weitere Themenkomplexe können aus der Mitte des Unterausschusses auf Vorschlag der stimmberechtigten und beratenden Mitglieder behandelt werden.

Am Ende des Arbeitsjahres ist dem Ausschuss ein vollständiger Abschlussbericht vorzulegen.

**Jastimmen 19**

**Neinstimmen 28**

**Enthaltung 1 – damit ist der Antrag abgelehnt**

Zum Abstimmungsverhalten der Fraktion AUFBRUCH! erklärte Herr Köhler, dem Antrag sei nicht zugestimmt worden, da der Arbeitsauftrag eines Beirates ein anderer sein müsse als der des ursprünglich beantragten Unterausschusses.

#### SPD-Antrag

Der Rat der Stadt Sankt Augustin hebt den Beschluss zur Verlängerung der Start- und Landebahn am Flugplatz Hangelar auf. Das Vorhaben des Ausbaus der Start- und Landebahn wird durch die Stadt Sankt Augustin nicht weiter verfolgt.

**Jastimmen 22**

**Neinstimmen 26 – damit ist der Antrag abgelehnt**

#### Interfraktioneller Antrag CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AUFBRUCH!

die Verwaltung zu beauftragen, alle eingehenden Bauanträge, die das Gebiet der Rahmenplanung betreffen, dem Rat unverzüglich zur Kenntnisnahme vorzulegen. Sollte sich dabei eine unerwünschte Entwicklung zeigen, so muss überprüft werden, inwieweit ein Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan mit planungsrechtlichen Sicherungsmitteln nach §§ 14 und 15 BauGB kurzfristig gefasst werden soll. Die Stadt Sankt Augustin bildet im Zusammenhang mit der Rahmenplanung einen Rahmenplanungsbeirat, um eine breite Einbeziehung der Öffentlichkeit und weiterer Akteure zu ermöglichen. Die Stadt Sankt Augustin verfolgt in diesem Kontext das Ziel, dass die quantitativen und qualitativen Lärmemissionen am Flugplatz Hangelar insgesamt zumindest nicht weiter zunehmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Sitzung des UPV einen Vorschlag für die Besetzung des Beirates vorzulegen.

**Jastimmen 34**

**Neinstimmen 14**

Zum Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion erklärte Herr Knülle, dem Antrag sei nicht zugestimmt worden, da sich seine Fraktion gegen Gremien aussprechen, die sich nicht im Rahmen der Geschäftsordnung des Rates bewegen.

Interfraktioneller Antrag CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AUFBRUCH!

die für die Erfüllung der Rahmenplanung und die Bildung des Rahmenplanungsbeirats erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen. Die Verwaltung wird gebeten, bei geeigneten Planungsbüros entsprechende Angebote einzuholen und diese vor Vergabe dem UPV vorzulegen.

**Jastimmen 34**

**Neinstimmen 14**

Zum Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion erklärte Herr Knülle, dem Antrag sei nicht zugestimmt worden, da die Hinzuziehung eines Planungsbüros zu weiteren freiwilligen Ausgaben führe; dies könne nicht finanziert werden. Es sei eine Regelung innerhalb der Verwaltung machbar.